



BÜRGERBEFRAGUNG

2016

Ergebnisse einer Befragung zum Thema Bürgerbeteiligung



Inhalt

1. Die Befragung	3
2. Datengrundlage	4
2.1. Repräsentative Stichprobe	4
2.2. Offene Online-Befragung	4
3. Die Befragten	5
3.1. Geschlecht	5
3.2. Alter	6
3.3. Migrationshintergrund	7
3.4. Höchster Schulbildungsabschluss	8
3.5. Haushaltsnettoeinkommen	9
3.6. Fazit	10
4. Themen	11
4.1a Politisches Interesse (Repräsentative Stichprobe)	11
4.1b Politisches Interesse (Offene Online-Befragung)	12
4.2 Kommunalwahlbeteiligung	13
4.3a Beteiligungsabsicht und Beteiligungsmanifestation (Repräsentative Stichprobe)	14
4.3b Beteiligungsabsicht & Beteiligungsmanifestation (Offene Online-Befragung)	16
4.4 Bekanntheit der Ratsmitglieder Wuppertals	18
4.5 Bekanntheit der Bezirksvertretungsmitglieder	19
4.6 Vertretung durch Ratsmitglieder	20
4.8 Information über wichtige städtische Angelegenheiten	22
4.9 Bekanntheit eigener Mitsprachemöglichkeiten und Mitspracherechte	23
4.10 Die subjektive Bedeutung der Beteiligung bei wichtigen städtischen Angelegenheiten	24
4.11 Bekanntheit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung	25
4.12 Bekanntheit der Leitlinien für Bürgerbeteiligung	26
4.13 Bewertung der Idee der Leitlinien für Bürgerbeteiligung	27
5. Fazit	28

1. Die Befragung

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft in vielen verschiedenen Bereichen verändert. Auch die Art und Weise, wie sich Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen in ihrer Stadt beteiligen und die Möglichkeiten, die ihnen hierfür zur Verfügung stehen, sind einem Wandel unterzogen. Dies lässt sich in Wuppertal genauso wie in anderen Kommunen im In- und Ausland beobachten.

Die Bereitschaft der Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger, sich an der Gestaltung der Zukunft ihrer Stadt zu beteiligen, zeigt sich in verschiedensten Formen und in einer Vielzahl an Themenfeldern. Einerseits engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich im Rat der Stadt, seinen Ausschüssen und den Bezirksvertretungen. Andererseits gibt es in Wuppertal ein reges Netz aus Bürgerinitiativen, Bürgervereinen, kirchlichen Organisationen, Sport- und Kulturvereinen u.v.m., die ihre Ideen und Vorschläge in die politische Diskussion einbringen und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Von Seiten der Stadt wird die Bereitschaft zur Beteiligung von Seiten der Bürgerinnen und Bürger bereits seit vielen Jahren in den verschiedensten Bereichen aufgegriffen und mit den unterschiedlichsten Instrumenten praktiziert, sei es im Rahmen von Planungen auf Stadt- und Bezirksebene, durch Bürgerhaushalte oder in den Stadtteilkonferenzen.

Mit der Schaffung eines neuen Geschäftsbereichs für Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement und E-Government ist die Stadt Wuppertal einen weiteren Schritt gegangen, um die Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger auf eine breitere Grundlage zu stellen und damit zu verstetigen. Hierzu wurde mit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung, die bei Herrn Beig. Panagiotis Paschalis angesiedelt ist, eine zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung für das Thema Bürgerbeteiligung eingerichtet. Für eine effektive und strategische Förderung der Bürgerbeteiligung ist es wichtig zu erfahren, welche Sichtweisen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf Politik und Verwaltung haben, wie Sie ihre Einflussmöglichkeiten einschätzen und auf welche Art und Weise sie sich politisch beteiligen (möchten).

Hierzu wurde durch die Stabsstelle Bürgerbeteiligung ein Fragebogen entwickelt, der zum einen an eine repräsentativ ausgewählte Stichprobe von Wuppertalerinnen und Wuppertalern verschickt wurde, zum anderen aber auch als frei zugängliches Online-Formular beantwortet werden konnte (siehe Abschnitt 2.). Hieraus sind zwei Datensätze entstanden, die im vorliegenden Befragungsreport skizziert werden. Die Befragungsergebnisse dienen als wichtige Informationsgrundlage und zugleich als Vergleichsdatensatz für künftige Befragungen zu diesem Thema. Geplant ist eine regelmäßige Durchführung der Befragung (zum Beispiel alle 3 bis 5 Jahre), um Veränderungen messen zu können. Dadurch können Rückschlüsse auf die Arbeit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung gezogen werden.

2. Datengrundlage

Die in diesem Report vorgestellten Daten wurden im Rahmen zweier Befragungen erhoben, die jeweils vom 17. Mai bis zum 17. Juni 2016 durchgeführt wurden. Beiden Befragungen liegt der gleiche Fragebogen zugrunde. In den folgenden Abschnitten werden die Ergebnisse beider Befragungen präsentiert und gegenübergestellt. Zunächst wird ein Überblick zur jeweiligen Herangehensweise und Datengrundlage gegeben.

2.1. Repräsentative Stichprobe

Aus dem Einwohnermelderegister der Stadt Wuppertal wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe von 2.500 Kommunalwahlberechtigten (ab 16 Jahre, EU-Bürger) gezogen. Die Stichprobe wurde hinsichtlich der Merkmale Geschlecht, Alter und Raumbezug gezogen. Die Zufallsverteilung ist gesichert, da die gezogene Stichprobe proportional zur untersuchten Grundgesamtheit ist. Allen Ausgewählten wurde der Fragebogen zusammen mit einem Anschreiben postalisch zugesandt. Die angeschriebenen Personen konnten den Fragebogen handschriftlich ausfüllen und postalisch zurücksenden oder aber den identischen Fragebogen über ein spezifisches Passwort online ausfüllen. Von den 2.500 angeschriebenen Personen schickten 509 Personen einen ausgefüllten Fragebogen zurück, was einer Rücklaufquote von 20,4 Prozent entspricht. Für die zugrunde liegende Thematik des Fragebogens ist der Rücklauf zufriedenstellend, dennoch zeigen die Ergebnisse, dass eine Verzerrung zugunsten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vorliegt (siehe Abschnitt 3). Die Ergebnisse sind entsprechend nicht repräsentativ für die gesamte kommunalwahlberechtigte Bevölkerung Wuppertals, dennoch lassen sie interessante Schlüsse zu, aus denen sich konkreter Handlungsbedarf ableiten lässt.

2.2. Offene Online-Befragung

Zusätzlich konnte der Fragebogen von allen Interessierten ausgefüllt werden, die nicht über die repräsentative Zufallsstichprobe angeschrieben wurden. Der Link zum Fragebogen war über die Homepage der Stabsstelle Bürgerbeteiligung (www.buergerbeteiligung-wuppertal.de) zu erreichen, worauf über Pressemitteilungen sowie weitere Kanäle (z.B. den Twitter-Account der Stabsstelle Bürgerbeteiligung) aufmerksam gemacht wurde. Über das offene Onlineformular wurden im Zeitraum vom 17. Mai bis zum 17. Juni 2016 insgesamt 305 ausgefüllte Fragebögen abgeschickt. Da sich im Rahmen der offenen Online-Befragung Interessierte aus eigenem Antrieb heraus beteiligen konnten, spiegeln die Ergebnisse die Einschätzungen und Einstellungen von Personen wider, die ein eher hohes Interesse am Thema Bürgerbeteiligung aufweisen. Auch in diesem Fall können die Ergebnisse nicht als repräsentatives Abbild der Einstellungen der Wuppertaler Bevölkerung bewertet werden, da bestimmte Gruppen überrepräsentiert sind (siehe Abschnitt 3). Analog zur repräsentativen Stichprobe sind aber auch diese Ergebnisse aufschlussreich mit Blick auf das Ziel der Befragung.

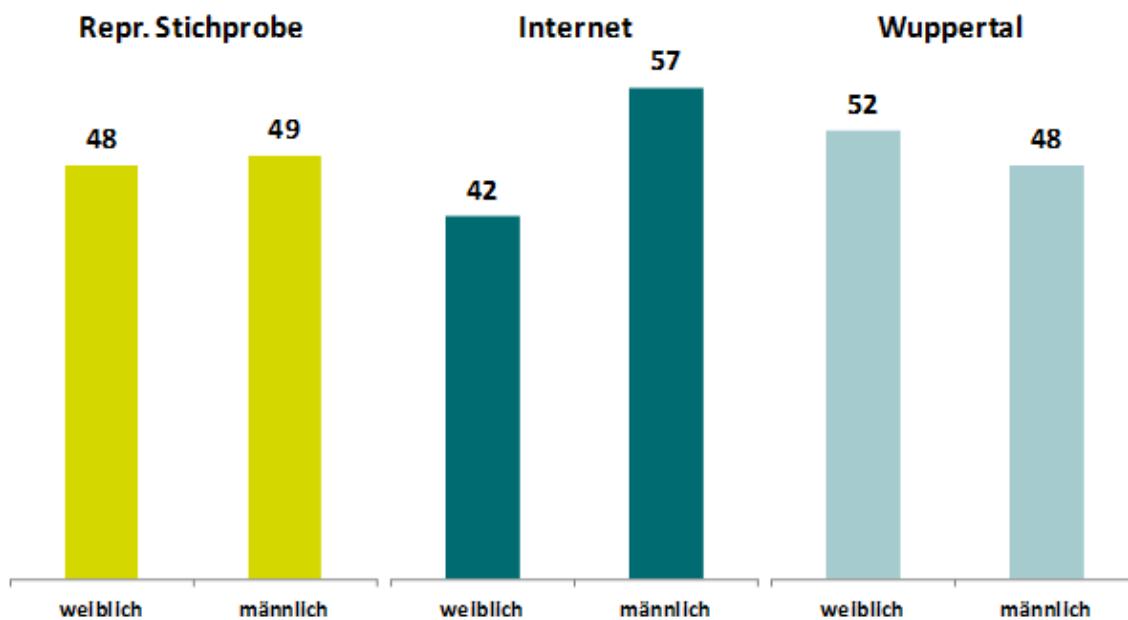
3. Die Befragten

Bevor die Ergebnisse vorgestellt werden, soll ein kurzer Blick darauf geworfen werden, wer sich an den beiden Befragungen beteiligt hat. Erhoben wurden das Geschlecht, das Alter, die Verkehrssprache in der Familie, der höchste Schulbildungsabschluss sowie das Haushaltsnettoeinkommen. Für die ersten beiden Kennwerte (Geschlecht und Alter) kann zudem die Bevölkerungsstatistik der Stadt Wuppertal als Vergleichsgröße hinzugezogen werden.

3.1. Geschlecht

Während sich der Rücklauf der repräsentativen Stichprobe sehr gleichmäßig auf die Geschlechter verteilt (48 Prozent weiblich, 49 Prozent männlich), beteiligten sich an der offenen Online-Umfrage deutlich mehr Männer (57 Prozent) als Frauen (42 Prozent).

Abb. 1: Soziodemographische Angaben – Geschlecht



Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [mittig], Bevölkerungsstatistik Wuppertal, Kommunalwahlberechtigte [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

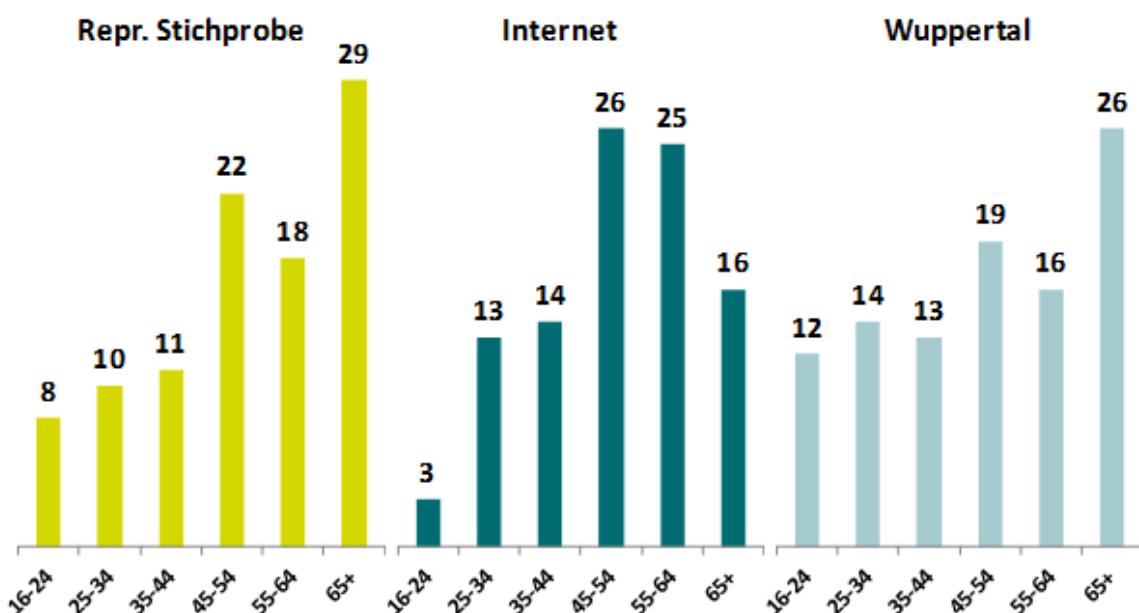
Im Vergleich zu allen Kommunalwahlberechtigten in Wuppertal (52 Prozent weiblich, 48 Prozent männlich) sind damit die Ergebnisse der offenen Online-Umfrage deutlich zugunsten der männlichen Antwortenden verzerrt. Gründe hierfür könnten in der nach wie vor stärkeren Internetnut-

zung von Männern¹, einem stärker ausgeprägten politischen Interesse bei Männern² oder einer insgesamt niedrigeren Nutzung politischer Beteiligungsmöglichkeiten durch Frauen³ liegen, wodurch wiederum die Thematik der Umfrage weniger Interesse erzeugt hätte. An dieser Stelle kann hierzu keine genaue Klärung der Ursachen geleistet werden. Die Tatsache, dass bei den Ange- schriebenen der repräsentativen Stichprobe etwa genauso viele Frauen wie Männer einen Fragebogen einreichten, spricht jedoch gegen die letzteren beiden Gründe.

3.2. Alter

Bei einer Aufschlüsselung auf verschiedene Altersgruppen zeigt sich zunächst, dass sich sowohl bei der repräsentativen Stichprobe als auch bei der offenen Online-Umfrage ältere Personen in stärkerem Maße beteiligt haben. Die genaue Verteilung weicht jedoch voneinander ab.

Abb. 2: Soziodemographische Angaben – Altersgruppen



Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [mittig], Bevölkerungsstatistik Wuppertal, Kommunalwahlberechtigte [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

¹ Vgl. Frees/Koch (2015), Internet: Zuwachs nur noch bei Älteren – Nutzungs frequenz und –vielfalt nehmen in allen Altersgruppen zu. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie, in: Media-Perspektiven, Heft 9/2015, S. 366-377, S. 366f.

² Vgl. Hoecker (2013), Frauen und das institutionelle Europa. Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich, Springer VS: Wiesbaden, S. 20ff.

³ Vgl. Decker et al. (2013), Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Dietz Verlag: Bonn, S. 119.

Bei der repräsentativen Stichprobe stellen die Über-65-Jährigen mit 29 Prozent die mit Abstand größte Gruppe. Es folgen die mittleren Altersgruppen, während die drei jüngsten Gruppen erheblich seltener teilnehmen. Damit gleicht die Verteilung auf die verschiedenen Altersgruppen aber durchaus der tatsächlichen Bevölkerungsstatistik, auch wenn die drei jüngeren Gruppen leicht unterrepräsentiert sind und die älteren drei Gruppen leicht überrepräsentiert.

Die Beteiligung an der offenen Online-Umfrage zeigt ein anderes Muster. Hier machten die 16- bis 24-Jährigen lediglich einen Anteil von 3 Prozent an den Rückläufen aus, während die größten Anteile bei den 45- bis 54-Jährigen (26 Prozent) und den 55- bis 64-Jährigen (25 Prozent) zu Buche schlugen. Die Gruppe der Über-65-Jährigen (16 Prozent) ist ebenso stark unterrepräsentiert wie die der jüngsten Gruppe.

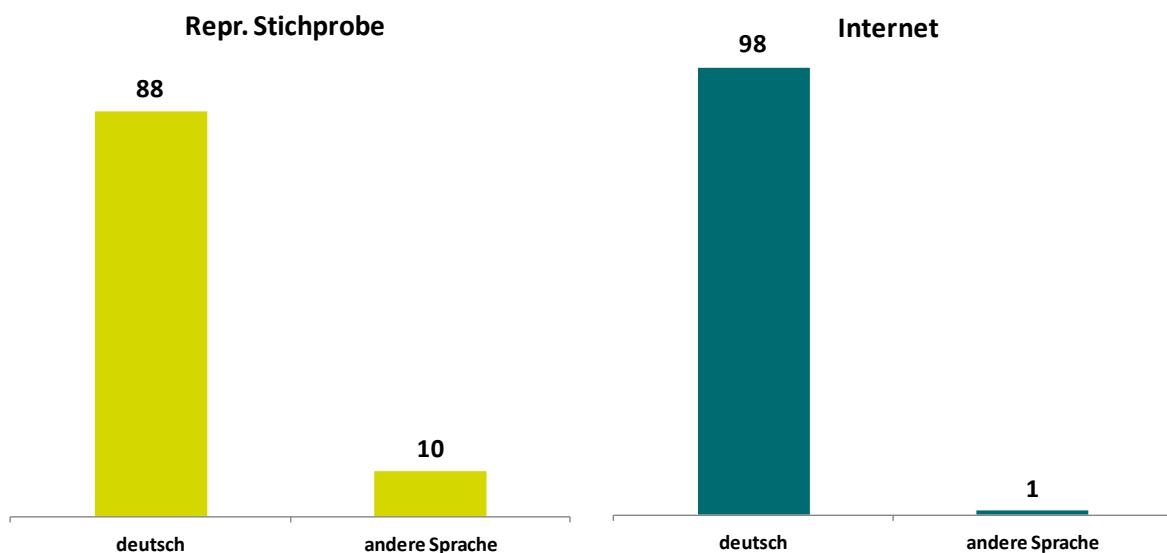
3.3. Migrationshintergrund

Untersuchungen zeigen, dass sich Personen mit Migrationshintergrund grundsätzlich seltener politisch beteiligen als Personen ohne Migrationshintergrund. Für die dem Report zugrunde liegende Befragung wurde der Migrationshintergrund durch die Frage nach der Verkehrssprache in der Familie erhoben, d.h. nach derjenigen Sprache, die in der Kindheit zu Hause meistens gesprochen wurde.⁴ Auch wenn darüber diskutiert werden kann, ob diese Erhebungsfrage den sinnvollsten Zugang zu der Erfragung eines Migrationshintergrundes ermöglicht, wird auf den ersten Blick deutlich, dass sowohl bei der repräsentativen Stichprobe (88 Prozent Verkehrssprache deutsch) als auch – sogar in noch stärkerem Maße – bei der offenen Online-Umfrage (98 Prozent Verkehrssprache deutsch) eine äußerst starke Verzerrung gegenüber der Verteilung in der Wuppertaler Bevölkerung deutlich wird⁵. Insofern muss erneut festgehalten werden, dass die Ergebnisse der beiden Umfragen nicht als repräsentative Aussagen der Wuppertaler Bevölkerung interpretiert werden dürfen.

⁴ Vgl. hierzu Verband Deutscher Städtestatistiker – Arbeitsgemeinschaft Bevölkerung (2013), Migrationshintergrund in der Statistik – Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit, Materialien zur Bevölkerungsstatistik Heft 2, Verband Deutscher Städtestatistiker: Köln.

⁵ So wird z. B. im Integrationsprofil Wuppertal des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2015 festgehalten, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Wuppertal im Jahr 2014 35,0 Prozent ausmachte. Zwar werden hierzu andere Variablen als die Verkehrssprache in der Familie herangezogen (ausländische Staatsbürger, Zugewanderte sowie Personen von denen mind. ein Elternteil aus dem Ausland nach Deutschland gezogen ist), dennoch wäre die Verzerrung auch bei weniger weitreichenden Definitionen enorm, vgl. MAIS NRW (2015), Integrationsprofil Wuppertal. Daten zu Zuwanderung und Integration, Düsseldorf, S. 2.

Abb. 3: Soziodemographische Angaben – Verkehrssprache in der Familie



Frage: Welche Sprache wurde früher in Ihrer Kindheit zuhause meistens gesprochen?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

3.4. Höchster Schulbildungsabschluss

Mit Blick auf den von den Befragten angegebenen höchsten Schulbildungsabschluss wird die Verzerrung der abgegebenen Antworten zugunsten ressourcenstarker (in diesem Fall Bildung) Gruppen sehr deutlich.

Knapp mehr als die Hälfte (51 Prozent) geben bei der repräsentativen Stichprobe an, die Fachhochschulreife bzw. die Hochschulreife zu besitzen. Zu ungefähr gleichen Teilen gaben die Befragten an, über die Mittlere Reife (22 Prozent) bzw. einen Hauptschulabschluss (21 Prozent) zu verfügen. Lediglich 2 Prozent befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in Schulausbildung.

Bei den Befragten der offenen Online-Umfrage haben sogar knapp zwei Dritteln (66 Prozent) die (Fach-) Hochschulreife, der Anteil mit Mittlerer Reife ist identisch mit dem in der Befragung der repräsentativen Stichprobe (22 Prozent), während die beiden anderen Gruppen geringere Anteile ausmachen.

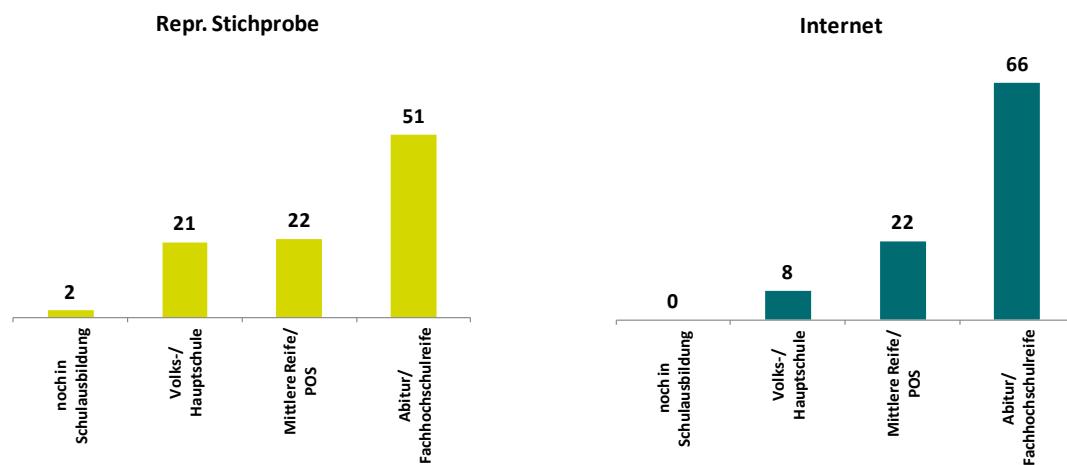
Da keine Vergleichsdaten zur Wuppertaler Bevölkerungsstruktur vorliegen, bietet es sich an, Daten aus dem Mikrozensus von 2015 heranzuziehen, der für die Bevölkerung der gesamten Bundesrepublik erhoben wurde.⁶ Demnach verfügen in Deutschland insgesamt 29,5 Prozent der Bevölkerung über die (Fach-) Hochschulreife, fast identisch ist der Anteil der Personen mit Mittlerer

⁶ Die Daten sind abrufbar über die Homepage des Statistischen Bundesamtes, online unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html> (zuletzt besucht am 02.08.2016).

Reife bzw. POS-Abschluss (29,4 Prozent). Die größte Gruppe besteht aus den Personen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss (32,9 Prozent), 3,6 Prozent befinden sich in schulischer Ausbildung⁷.

Folglich lässt sich festhalten, dass die Befragten beider Umfragen einen überdurchschnittlich hohen Bildungsgrad aufweisen.

Abb. 4: Soziodemographische Angaben – Höchster Schulbildungsabschluss



Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

3.5. Haushaltsnettoeinkommen

Mit Blick auf die Verteilung hinsichtlich des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens, zeigt sich eine Lagerung der Befragten hin zu eher ressourcenstarken Bevölkerungsgruppen. Bei der repräsentativen Umfrage gab über ein Drittel (36 Prozent) der Befragten an, über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro oder mehr zu verfügen.⁸ Die mittlere Gruppe, welche über ein Einkommen von 1.500 – 3000 Euro verfügt, stellt einen Anteil von 33 Prozent der Befragten dar.

Die obige Beobachtung trifft für die Online-Befragung in noch deutlicherer Weise zu. 43 Prozent der auf diese Art Befragten gab an, zu der oberen Gruppe der Haushaltsnettoeinkommen zu gehören. Die mittlere Gruppe ist mit 33 Prozent anteilig so groß, wie in der repräsentativen Umfra-

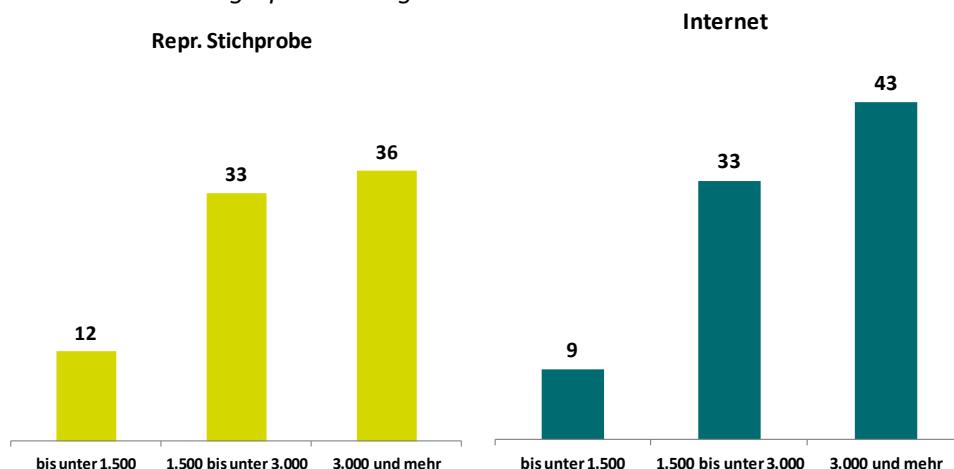
⁷ Wobei sich dieser Wert auf Personen im Alter von 15 Jahren und mehr bezieht.

⁸ Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen lag in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2014 bei 3.147 Euro, vgl. hierzu online:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenEinnahmenAusgaben/Tabellen/Deutschland.html>

ge. Diese Ergebnisse überraschen hinsichtlich der Antworten zum höchsten erreichten Bildungsabschluss wenig, gehen Bildung und Wohlstand doch oft miteinander einher.⁹

Abb. 5: Soziodemographische Angaben – Haushaltsnettoeinkommen



Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

3.6. Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass ein durchaus verzerrtes Bild mit Blick auf die soziodemographischen Hintergründe der Befragten vorliegt. Ressourcenstarke Schichten sind sowohl hinsichtlich des Bildungsgrades als auch des Haushaltsnettoeinkommens überrepräsentiert. Während man außerdem von einer Überrepräsentation tendenziell älterer Mitbürger sprechen kann, ist es vor allem die starke Unterrepräsentation von Befragten mit Migrationshintergrund, die ins Auge fällt. Diese Eigenheiten sind in der offenen Online-Umfrage noch deutlicher ausgeprägt und geben ein weiteres Indiz dafür, dass es hier vor allem die aktiven Wuppertalerinnen und Wuppertaler waren, die an der Befragung teilnahmen. Bei der Einordnung der Ergebnisse ist deshalb Vorsicht geboten, dennoch lassen sich bei bewusster Betrachtung gewinnbringende Erkenntnisse erschließen.

⁹ Vgl. hierzu Wössmann (2012), Gute Bildung schafft wirtschaftlichen Wohlstand. Bildung aus bildungsoökonomischer Perspektive, in: Forschung & Lehre, Oktober 2012, S. 792ff.

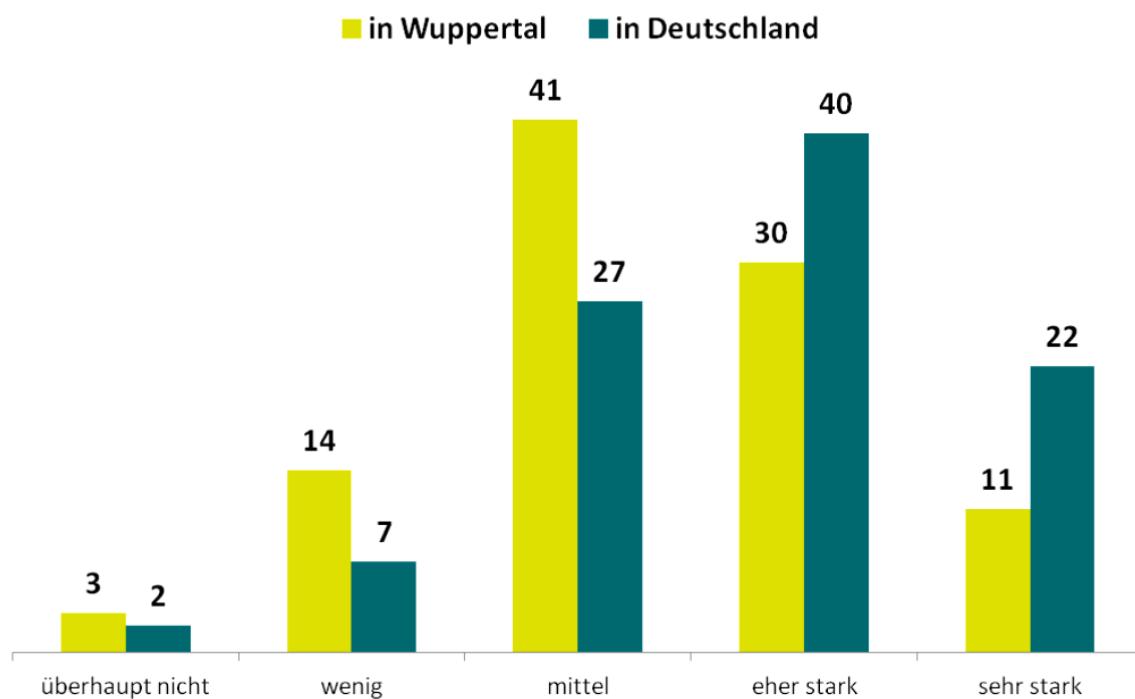
4. Themen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung vorgestellt, wobei sowohl auf die auf die Antworten aus der repräsentativen Befragung als auch aus der offenen Online-Umfrage eingegangen wird.

4.1a Politisches Interesse (Repräsentative Stichprobe)

Die Befragtengruppe, die angibt, sich überhaupt nicht (3 Prozent) oder wenig (14 Prozent) für Politik in Wuppertal zu interessieren, stellt mit insgesamt 17 Prozent die kleinste Gruppe dar. Ein großer Block ergibt sich aus den mittelmäßig Interessierten (41 Prozent), während die eher stark (30 Prozent) und sehr stark (11 Prozent) Interessierten einen ebenso großen, dritten Block bilden. Für das Interesse an gesamtdeutscher Politik, ergibt sich ein anderes Bild. Hier ist die erste Gruppe noch deutlich dünner besetzt, mit gerade einmal 2 Prozent überhaupt nicht und 7 Prozent wenig interessierten Befragten. Die mittlere Gruppe ist mit 27 Prozent auch deutlich kleiner, als ihr auf Wuppertal begrenztes Pendant. Deutlich größer hingegen ist die Gruppe der eher stark (40 Prozent) und sehr stark (22 Prozent) Interessierten. Fast zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) gaben demnach an, sich für bundesdeutsche Politik zu interessieren. Es zeigt sich, dass die Befragten ein tendenziell größeres Interesse an bundespolitischen als an lokalpolitischen Themen angegeben haben.

Abb. 6: Politisches Interesse (Repräsentative Stichprobe)



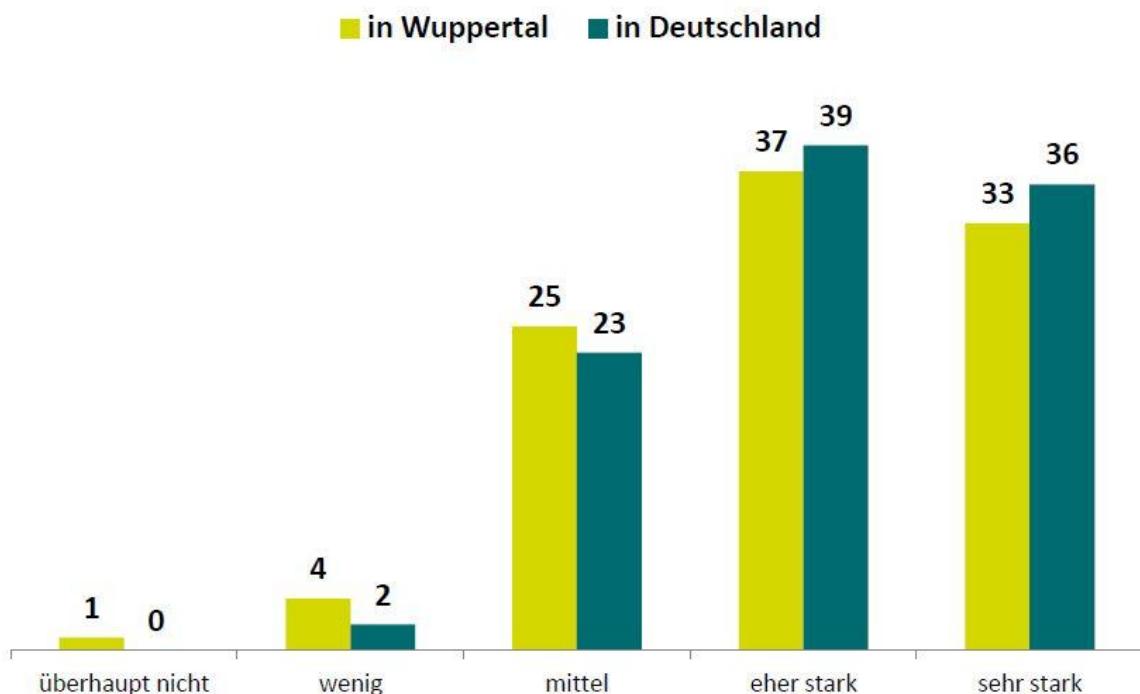
Frage: Wie stark interessieren Sie sich für Politik in Wuppertal bzw. in Deutschland?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509); Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.1b Politisches Interesse (Offene Online-Befragung)

Die internetbasierte Umfrage weist im Vergleich zur repräsentativen Befragung (siehe Abschnitt 4.1a) eine deutlich andere Verteilung auf. Die Kategorie der überhaupt nicht (1 Prozent) und wenig (4 Prozent) an Wuppertaler Politik Interessierten ist deutlich kleiner als ihr Pendant in der repräsentativen Umfrage. Auch die mittlere Kategorie ist mit gerade einmal 25 Prozent sehr viel dünner besetzt. Größer ist im Gegenzug die Gruppe der eher stark (37 Prozent) und sehr stark (33 Prozent) Interessierten. Dieses Ergebnis liegt deutlich über dem der repräsentativen Umfrage.

Das Interesse an bundesdeutscher Politik zeigt ebenfalls einige interessante Abweichungen gegenüber der repräsentativen Umfrage. Hier ist die Gruppe der überhaupt nicht (0 Prozent) und wenig (2 Prozent) politisch Interessierten verschwindend klein, während die mittlere Gruppe mit 23 Prozent fast gleichauf mit dem auf Wuppertal bezogenen, internetbasierten Ergebnis liegt. Auffällig ist auch hier der massive Anteil eher stark (39 Prozent) und sehr stark (36 Prozent) politisch Interessierter. Insgesamt sind die Ergebnisse, wenn der Wuppertal- und Deutschlandbezug als Gradmesser genommen wird, deutlich homogener, als die der repräsentativen Umfrage. Der geringe Abstand zwischen den beiden Interessenbezugspunkten erklärt sich dadurch, dass an der internetbasierten Umfrage offensichtlich ohnehin sehr viele informierte, interessierte Wuppertalerinnen und Wuppertaler teilnahmen.

Abb. 7: Politisches Interesse (Offene Online-Befragung)



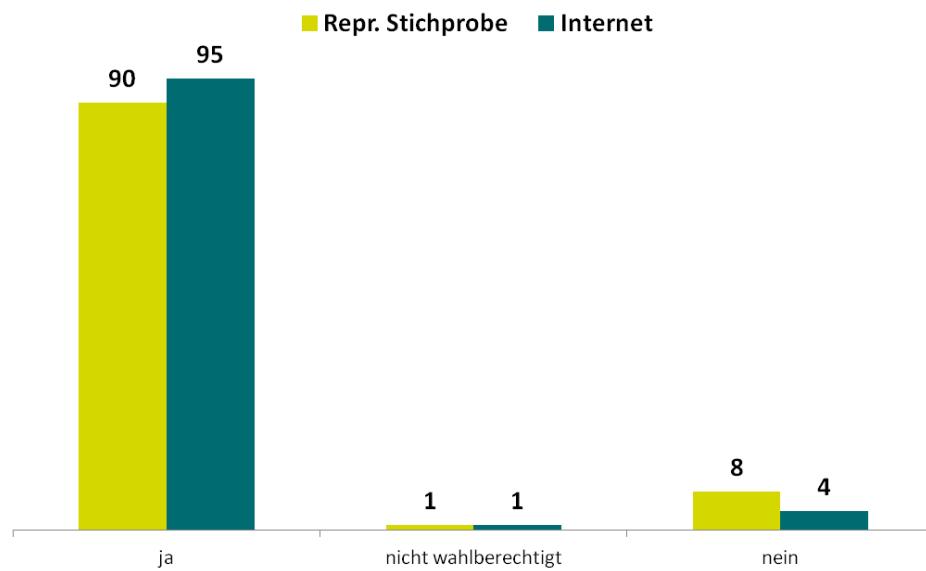
Frage: Wie stark interessieren Sie sich für Politik in Wuppertal bzw. in Deutschland?; Grundgesamtheit: Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305); Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.2 Kommunalwahlbeteiligung

Während laut der repräsentativen Umfrage 90 Prozent an der letzten Kommunalwahl teilnahmen, sind es bei der Internetumfrage sogar 95 Prozent. Dagegen gaben 8 Prozent (repräsentative Befragung) und 4 Prozent (Internetbefragung) an, nicht gewählt zu haben. Der Anteil der nicht Wahlberechtigten ist mit jeweils 1 Prozent zu vernachlässigen. Der Blick auf die tatsächliche durchschnittliche Beteiligung an der letzten Kommunalwahl zeigt, dass 45 Prozent der Wahlberechtigten an den Ratswahlen im Jahr 2014 teilnehmen sowie 37 Prozent an der Wahl des Oberbürgermeisters im Jahr 2015 (erster Wahlgang).¹⁰ Die Werte der Befragten lagen bei mehr als dem doppelten Umfang der dort festgehaltenen Beteiligung.

Hieraus kann erneut geschlossen werden, dass eine Verzerrung zugunsten politisch engagierter Befragungsteilnehmer vorliegt, die mit Blick auf die soziodemografischen Daten (siehe Abschnitt 2) zugleich zu einer höheren Einkommensgruppe mit hohem Bildungsgrad gehören. Eine leichte Verzerrung kann jedoch aller Voraussicht nach ebenso auf den sogenannten Effekt der „sozialen Erwünschtheit“ zurückgeführt werden. Dieser postuliert, dass man sich selbst eher positiv beschreibt.¹¹

Abb. 8: Kommunalwahlbeteiligung



Frage: Haben Sie bei der letzten Kommunalwahl gewählt?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

¹⁰ Vgl. online: <https://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/verwaltung/wahlen/102370100000177513.php>; letzter Abruf am 30.08.2016.

¹¹ Vgl. hierzu Paulhus (2002), Socially Desirable Responding: The Evolution of a Construct, in: Braun/Jackson/Wiley (Hg.), The Role of Constructs in Psychological and Educational Measurement, Erlbaum: Mahwah, NJ, S. 49f. sowie die angegebenen Verweise.

In vielen Studien zeigt sich, dass Befragungsteilnehmer ihre Antworten zugunsten eines gesellschaftlich erwünschten Verhaltens verändern. Im Zusammenhang mit einer politischen Wahl zeigt sich dieser Effekt darin, dass die Befragten ungern angeben, nicht zur Wahl gegangen zu sein. Denn die Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts ist nach wie vor gesellschaftlich akzeptiert und positiv konnotiert. Diesem Bild möchte man gerecht werden.

4.3a Beteiligungsabsicht und Beteiligungsmanifestation (Repräsentative Stichprobe)

Das Antwortmuster zum Thema Beteiligung legt erneut die Vermutung nahe, dass es sich bei der befragten Gruppe um politisch sehr aktive Personen handelt. So ziehen 86 Prozent der Befragten der repräsentativen Stichprobe in Betracht, an einer Unterschriftenaktion teilzunehmen, 83 Prozent haben dies sogar schon getan. Dies liegt deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt, der 2014 bei 60 Prozent lag.¹² Teil einer Bürgerinitiative zu sein, können sich 54 Prozent vorstellen, 17 Prozent waren bereits Teil einer solchen. Im Jahre 2008 waren auf bundesdeutscher Ebene 11 Prozent der Bürger in einer Bürgerinitiative engagiert.¹³ Die Befragten aus Wuppertal sind auch hier überdurchschnittlich aktiv. Eine Demonstration kommt für etwa die Hälfte (52 Prozent) in Betracht, 48 Prozent haben bereits an einer Demonstration teilgenommen. Dieser Wert liegt über dem Durchschnitt für die Bundesrepublik, der 2014 bei 31 Prozent lag.¹⁴ Für die Teilnahme an einer politischen Diskussion ergibt sich ein divergierendes Bild, je nachdem, in welcher Form diese stattfindet (Versammlung oder internetbasiert). Die Teilnahme an einer Versammlung kommt für 50 Prozent in Frage, ein Drittel (33 Prozent) war in dieser Form schon aktiv. Eine Online-Diskussion kommt nur für etwas mehr als ein Viertel (28 Prozent) als Beteiligungsoption in Frage, 19 Prozent haben eine solche Möglichkeit bereits genutzt. Den schwächsten Zuspruch hat die Parteiarbeit. Nur für etwa jeden fünften (19 Prozent) Befragten kommt die Mitarbeit in einer Partei in Frage, nicht einmal jeder zehnte Befragte (9 Prozent) war bereits parteipolitisch aktiv. So gering dieser Wert erscheinen mag, entspricht er etwa aber immerhin dem Fünffachen des Bevölkerungsanteils in Deutschland, die Parteimitglieder sind (2 Prozent in 2014).¹⁵

Auffällig ist bei den Ergebnissen vor allem die große Diskrepanz zwischen der Erwägung einer bestimmten Aktionsform und ihrer tatsächlichen Umsetzung. Je fordernder die Aktivität (Aufwand, Zeit, Ressourcen), umso geringer fällt die tatsächliche Teilnahme an dieser Aktionsform aus.

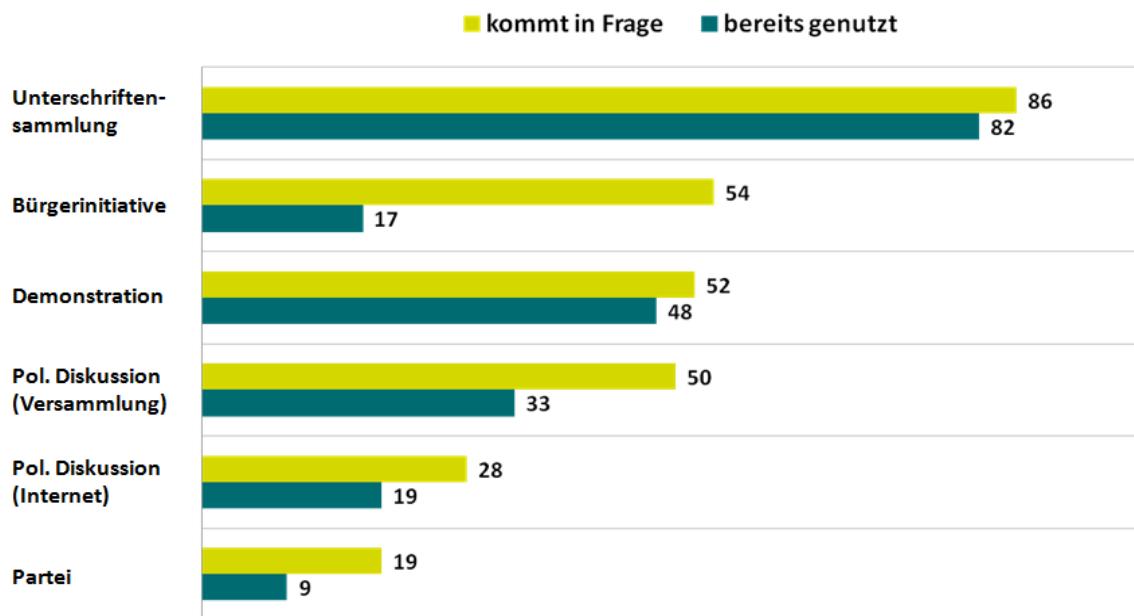
¹² Vgl. Statistisches Bundesamt (2016), Datenreport 2016. Sozialbericht für Deutschland, bpb: Bonn, S. 402, Abb. 2

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 405f.

Abb. 9: Beteiligungsabsicht und Beteiligungsmanifestation (Repräsentative Stichprobe)

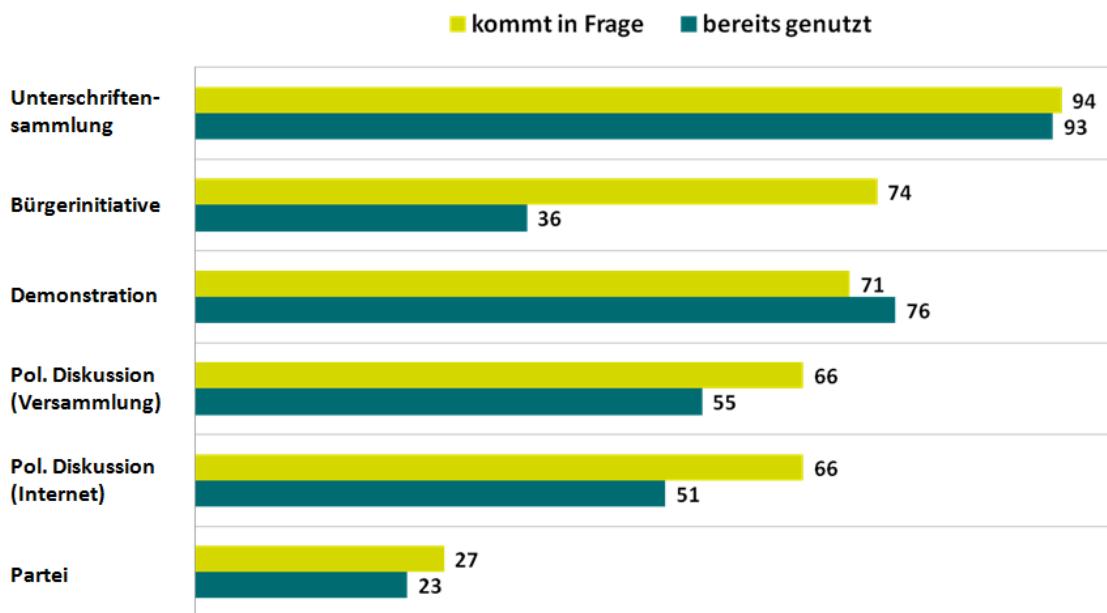


Frage: Wenn Sie sich politisch für eine Sache, die Ihnen wichtig ist, einsetzen wollen. Welche der folgenden Möglichkeiten kämen für Sie in Frage? Und welche der Möglichkeiten haben Sie davon schon einmal genutzt?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509); Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: „nein, noch nie genutzt“ und „keine Angabe“

4.3b Beteiligungsabsicht & Beteiligungsmanifestation (Offene Online-Befragung)

Die internetbasierte, freie Umfrage liefert ein noch deutlich aktiveres Bild der Teilnehmer. Für nahezu alle Befragten (94 Prozent) käme eine Unterschriftensammlung in Frage und beinahe ebenso viele Teilnehmer (93 Prozent) machten von dieser Art der Beteiligung bereits Gebrauch. Die Teilnahme an einer Bürgerinitiative können sich nahezu drei Viertel (74 Prozent) der Befragten vorstellen, etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) setzten diesen Vorsatz bereits in die Tat um. Eine Demonstration käme für 71 Prozent in Frage, 76 Prozent waren bereits Teil einer solchen. Offensichtlich erscheint zumindest einem Teil der Befragten diese Beteiligungsform jedoch als wenig attraktiv, was den höheren Wert bei der tatsächlichen Nutzung erklären könnte. Verglichen mit den Befragten aus der repräsentativen Umfrage, sind die Nutzer der Internetumfrage noch deutlich aktiver als die durchschnittlichen Bundesbürger. Mehr als doppelt so viele waren bereits demonstriert, mehr als dreimal so viele waren schon aktiv in einer Bürgerinitiative. Einer politischen Diskussion beiwohnen würden potenziell zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten, wirklich getan hat dies bereits etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent).

Abb. 10: Beteiligungsabsicht und Beteiligungsmanifestation (Offene Online-Befragung)



Frage: Wenn Sie sich politisch für eine Sache, die Ihnen wichtig ist, einsetzen wollen. Welche der folgenden Möglichkeiten kämen für Sie in Frage? Und welche der Möglichkeiten haben Sie davon schon einmal genutzt?; Grundgesamtheit: Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305); Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: „nein, noch nie genutzt“ und „keine Angabe“

Interessanterweise kommt für 66 Prozent der Befragten sowohl die Teilnahme an einer internetbasierten politischen Diskussion als auch die Teilnahme an einer tatsächlichen, physischen Versammlung in Frage. Diese Übereinstimmung deutet darauf, dass für die Befragten demnach die

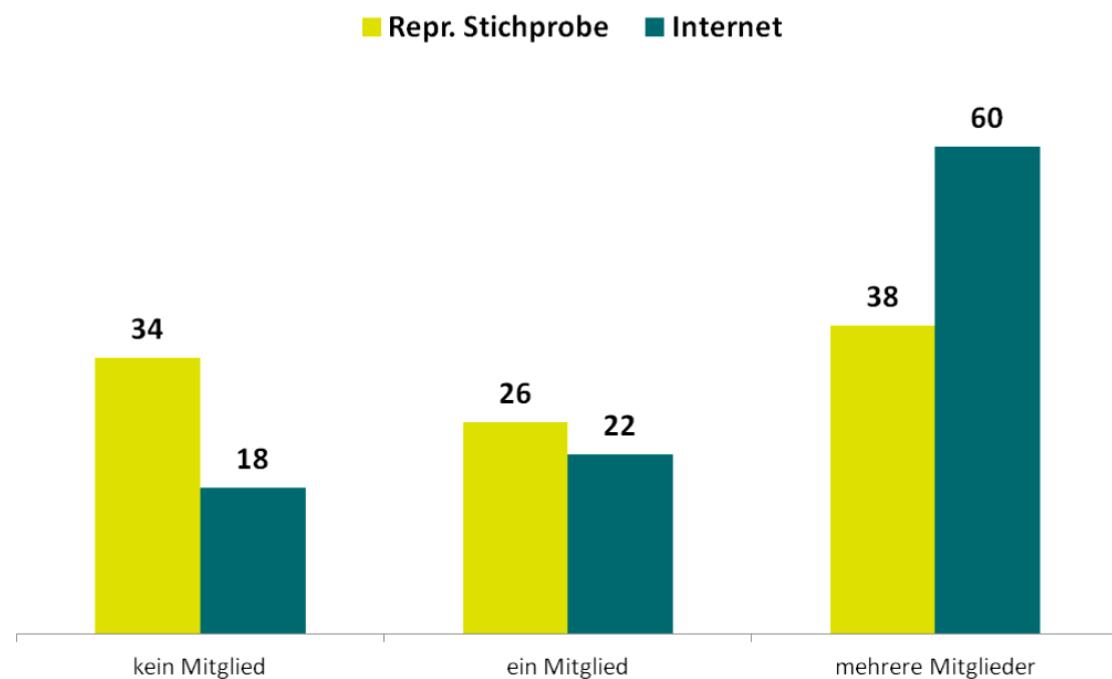
elektronische, politische Diskussion (Online-Beteiligung) ein Äquivalent zur vor-Ort-Versammlung sein könnte. In anderer Lesart könnte der hohe Grad der Aktivität der Befragten eine generelle Wichtigkeit von Partizipationsmechanismen betonen. Außerdem kommt die Mitarbeit in einer Partei für 27 Prozent in Frage, 23 Prozent haben bereits in einer Partei mitgearbeitet, was auch hier einen noch deutlicher erhöhten Wert im Vergleich zum Bundesdurchschnitt darstellt.

4.4 Bekanntheit der Ratsmitglieder Wuppertals

Die Antworten auf die Frage nach der Bekanntheit der Ratsmitglieder zeigen für die repräsentative Umfrage ein aufgefächertes Bild. Während etwas mehr als ein Drittel (34 Prozent) kein Ratsmitglied kennt, ist etwas mehr als einem Viertel (26 Prozent) ein Mitglied bekannt. Gleich mehrere Ratsmitglieder kennen 38 Prozent der Befragten. Auch wenn die Tendenz hin zur Informiertheit geht, liegt doch zumindest eine grobe Gleichverteilung der Antworten vor.

Dieses Ergebnis ändert sich drastisch für die internetbasierte Umfrage. Hier kennen lediglich 18 Prozent der Befragten keines der Ratsmitglieder und 22 Prozent ein Mitglied. 60 Prozent jedoch kennen gleich mehrere, eine deutliche Mehrzahl im Vergleich zu den Befragten der repräsentativen Umfrage.

Abb. 11: Bekanntheit Ratsmitglieder



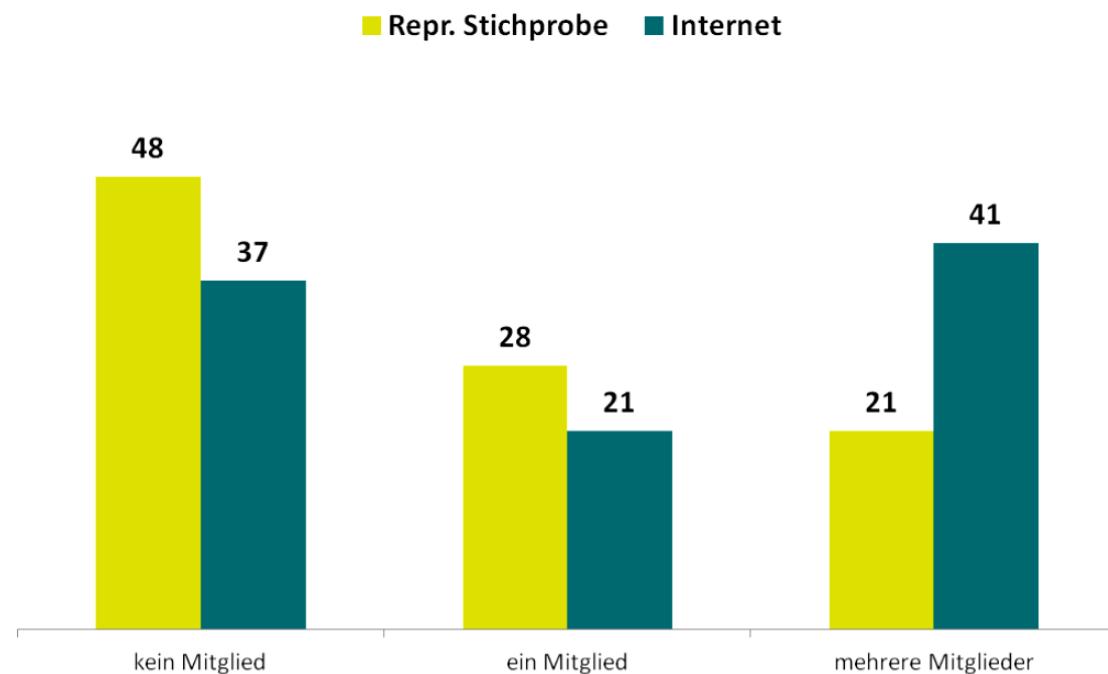
Frage: Kennen Sie ein Mitglied des Rates oder mehrere?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.5 Bekanntheit der Bezirksvertretungsmitglieder

Während sich bei der Bekanntheit der Ratsmitglieder noch ein differenziertes Bild ergibt, tendieren die Ergebnisse zur Bekanntheit der Bezirksvertretungsmitglieder deutlicher in eine andere Richtung. 48 Prozent der Befragten aus der repräsentativen Stichprobe kennen kein Mitglied der Bezirksvertretung(en), 28 Prozent ein Mitglied und nur etwa jeder fünfte (21 Prozent) kennt mehrere Mitglieder.

Für die internetbasierte Umfrage, ergibt sich eine andere Verteilung. 37 Prozent der Befragten kennen keines der Mitglieder, 21 Prozent ein Mitglied und 41 Prozent mehrere. Hier zeigt sich also eine Spaltung in zwei große Gruppen: einerseits eine sehr geringe und andererseits eine sehr hohe Bekanntheit der Mitglieder der Bezirksvertretungen.

Abb. 12: Bekanntheit Bezirksvertretungsmitglieder



Frage: Kennen Sie in Ihrem Stadtbezirk ein Mitglied der Bezirksvertretung oder mehrere?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

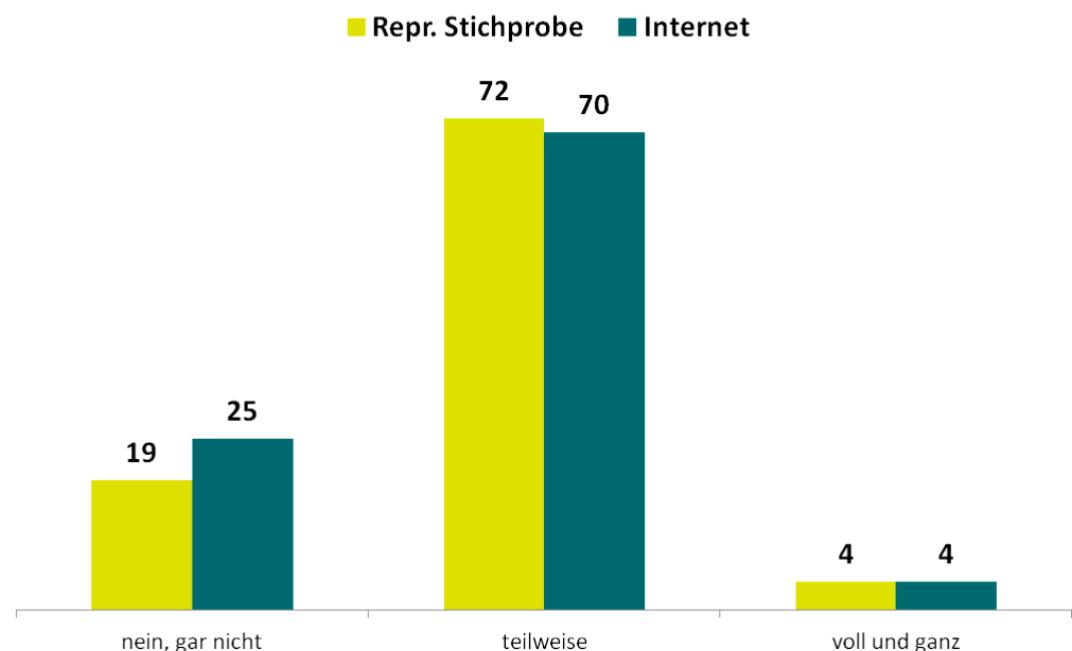
4.6 Vertretung durch Ratsmitglieder

Ein schwer interpretierbares Meinungsbild geben die Antworten zur subjektiv wahrgenommenen Repräsentation durch die Ratsmitglieder wieder. Während sich 19 Prozent der Befragten aus der repräsentativen Stichprobe durch den Stadtrat überhaupt nicht vertreten fühlen, gilt dies für 72 Prozent teilweise und für 4 Prozent voll und ganz.

Bei der internetbasierten Umfrage fühlte sich ein Viertel (25 Prozent) der Befragten gar nicht durch die Ratsherren und -frauen vertreten. 70 Prozent fühlten sich teilweise, nur 4 Prozent voll und ganz vertreten. Entgegen der vorherigen Fragen liegen hier die Antwortmuster beider Erhebungen sehr nah beieinander.

Eingangs wurde die Schwierigkeit der Interpretation dieser Werte angeführt, da es sich bei der starken Konzentration auf die mittlere Antwortkategorie durchaus um ein bekanntes Phänomen bei Befragungen handelt. Dieses Streben zur mittleren Antwortkategorie („teilweise“) gibt den Befragten die Möglichkeit, sich auf einem Kontinuum möglichst zentral zu platzieren und für keines der Extreme zu entscheiden.¹⁶

Abb. 13: Vertretung durch Ratsmitglieder



Frage: Fühlen Sie sich durch die Mitglieder des Rates der Stadt Wuppertal gut vertreten?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent, Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

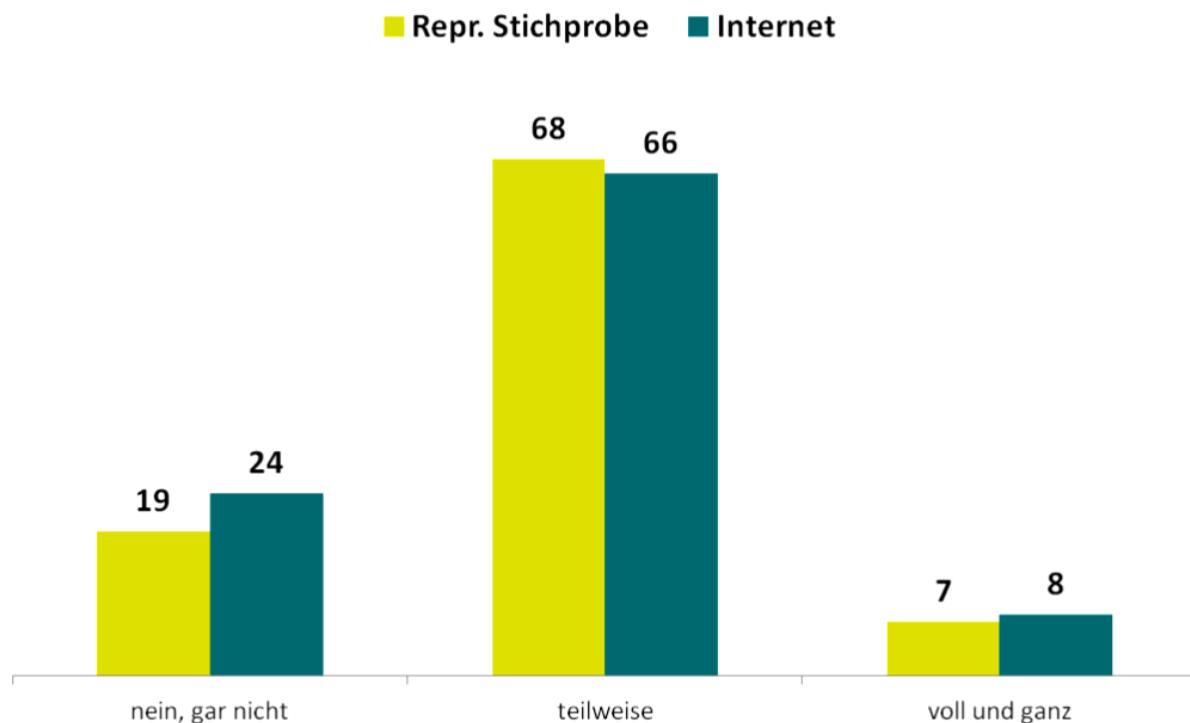
¹⁶ Vgl. hierzu Bogner/Landrock (2015), SDM Survey Guidelines. Antworttendenzen in standardisierten Umfragen, GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften: Mannheim, S. 2f. sowie die angegebenen Verweise.

4.7 Vertretung durch Bezirksvertretungsmitglieder

Die in Abschnitt 4.6 (Vertretung durch Ratsmitglieder) berichtete Verteilung, lässt sich in ihrer Tendenz auch bezüglich der Bezirksvertretungsmitglieder feststellen. So fühlen sich 19 Prozent der Befragten aus der repräsentativen Umfrage durch die Mitglieder der Bezirksvertretung gar nicht vertreten, ein Großteil von 68 Prozent teilweise und lediglich 7 Prozent voll und ganz.

Die Stärke der drei Antwortkategorien weicht für die offene Online-Befragung kaum ab. Wie schon bei der Vertretung durch die Ratsmitglieder, sind die online Befragten tendenziell weniger der „teilweise“ Zufriedenheit zuzuteilen. So fühlen sich 25 Prozent ganz und gar nicht vertreten, 8 Prozent hingegen voll und ganz. Erneut kann eine starke Tendenz hin zur mittleren Kategorie festgestellt werden. Dies und die Ähnlichkeit der Antworthäufungen innerhalb der drei Antwortkategorien, lässt wieder der Vermutung den Raum, dass es sich um ein bekanntes Umfragephänomen handelt.¹⁷

Abb. 14: Vertretung durch Bezirksvertretungsmitglieder



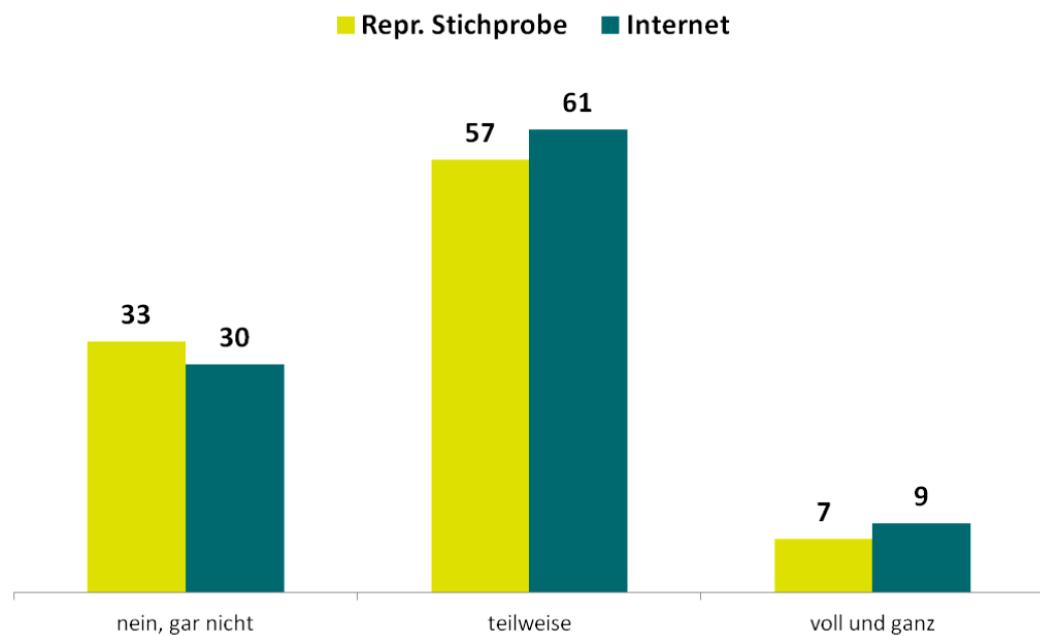
Frage: Fühlen Sie sich durch die Mitglieder der Bezirksvertretung in Ihrem Stadtbezirk gut vertreten?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

¹⁷ Siehe Abschnitt 4.6 Vertretung durch Ratsmitglieder, sowie Fußnote 16.

4.8 Information über wichtige städtische Angelegenheiten

Die Frage, ob sich die Befragten über wichtige städtische Angelegenheiten gut informiert fühlen, wurde sowohl in der repräsentativen als auch der internetbasierten Befragung ähnlich beantwortet. So gibt eine Mehrheit der Befragten an, sich teilweise gut informiert zu fühlen (57 Prozent der repräsentativen Stichprobe, 61 Prozent der internetbasierten Befragung). Lediglich eine Minderheit der Befragten gibt an, sich in Gänze gut informiert zu fühlen (7 Prozent repräsentativen Stichprobe, 9 Prozent der internetbasierten Befragung). Ein Drittel der Befragten gibt an, sich nicht gut informiert zu fühlen. Hieraus lässt sich schließen, dass eine große Mehrheit der Befragten einen Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Informationsangebote von Seiten der Stadt sieht. Aus diesem Ergebnis erwächst Handlungsbedarf mit Blick auf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Abb. 15: Information über wichtige städtische Angelegenheiten



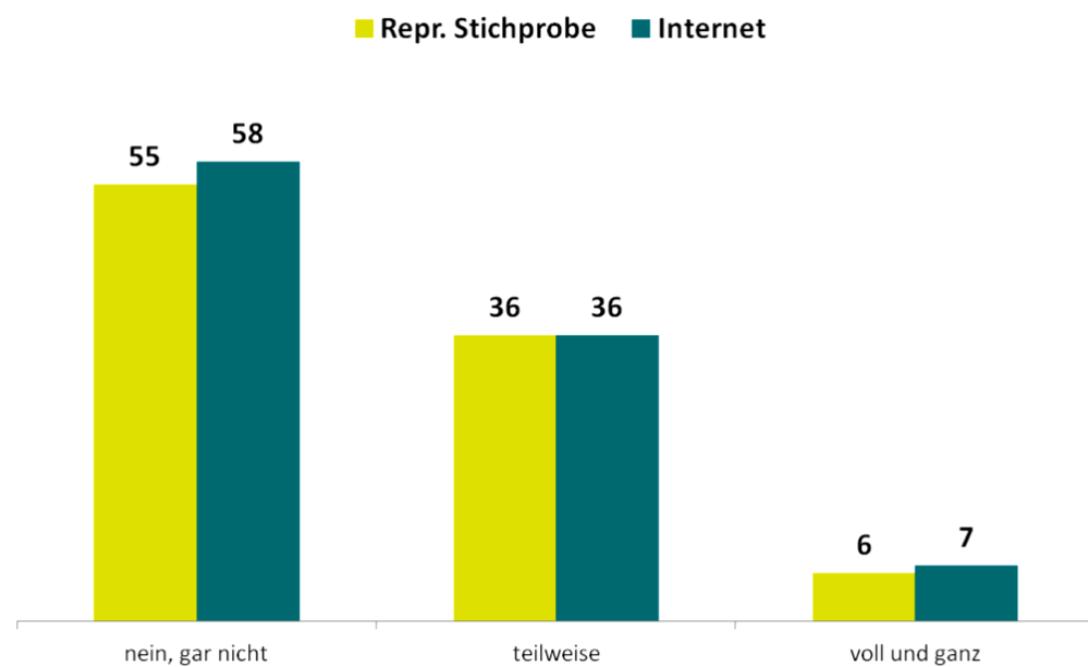
Frage: Fühlen Sie sich von der Stadtverwaltung über wichtige städtische Angelegenheiten gut informiert?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.9 Bekanntheit eigener Mitsprachemöglichkeiten und Mitspracherechte

Bei der Frage nach der Bekanntheit eigener Beteiligungsmöglichkeiten bei städtischen Angelegenheiten gab über die Hälfte (55 Prozent) der repräsentativ Befragten an, sich gar nicht informiert zu fühlen. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) fühlt sich nur teilweise informiert. Voll und ganz im Klaren über Möglichkeiten und Rechte sind sich hingegen nur 6 Prozent.

Die internetbasierten Ergebnisse weichen wiederum wenig ab von den Ergebnissen der repräsentativen Befragung ab. Da wir mit Blick auf die bereits skizzierten Ergebnisse davon ausgehen können, dass es sich bei den Befragten um eine eher politisch aktive Personengruppe handelt, sind die vorliegenden Werte als Herausforderung herauszustreichen. Denn die Information über eigene Mitsprachemöglichkeiten, beispielsweise gemäß der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen sowie Verfahren im Rahmen der mitgestaltenden Bürgerbeteiligung, ist Grundvoraussetzung, um sich aktiv zu beteiligen zu können.

Abb. 16: Bekanntheit eigener Mitsprachemöglichkeiten und Mitspracherechte



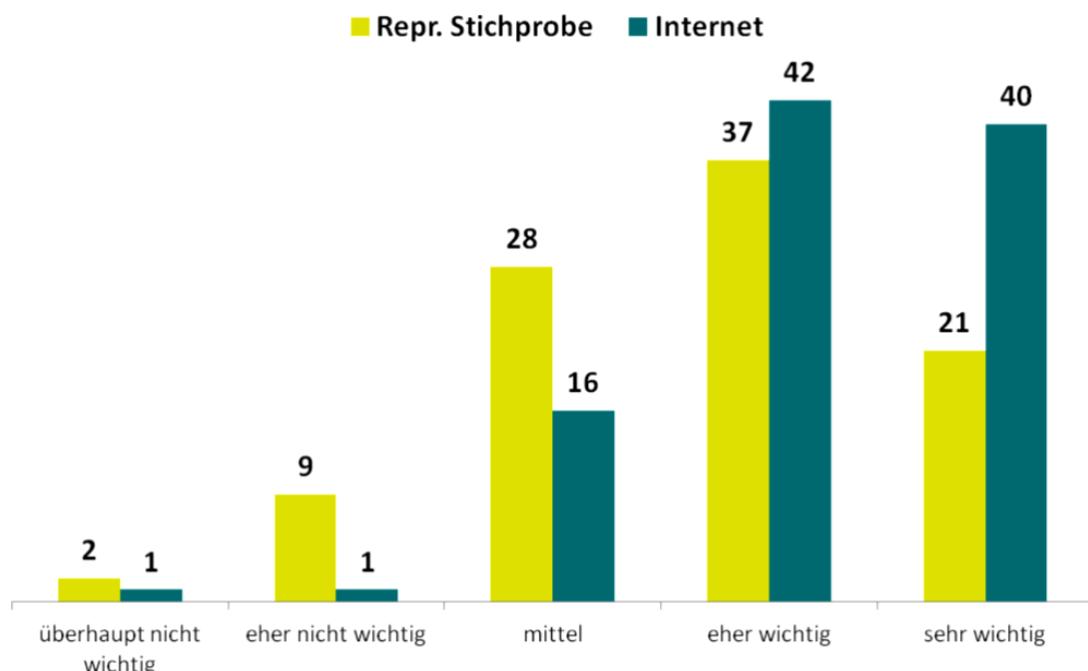
Frage: Fühlen Sie sich bei wichtigen städtischen Angelegenheiten ausreichend über Ihre Mitsprachemöglichkeiten und Mitspracherechte informiert?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.10 Die subjektive Bedeutung der Beteiligung bei wichtigen städtischen Angelegenheiten

Wie bereits bei den Ergebnissen zum politischen Interesse, lassen sich die Ergebnisse dieser Frage in drei Gruppen aufteilen. Während es eine sehr kleine Gruppe der repräsentativ befragten Personen für überhaupt nicht wichtig (2 Prozent) oder eher nicht wichtig (9 Prozent) erachtet, an Diskussionen und Entscheidungen über wichtige städtische Angelegenheiten teilzuhaben, äußern 28 Prozent eine mittlere Bedeutungszuschreibung. 37 Prozent halten den Aspekt der Teilnahme für eher wichtig, 21 Prozent sogar für sehr wichtig. In Summe geben 58 Prozent der repräsentativ Befragten an, dass eine politische Beteiligung für diese persönlich wichtig sei.

Die online Befragten zeigen eine noch stärkere Gewichtung des Wunsches nach Teilnahme an Diskussionen und Entscheidungen. Während gerade einmal jeweils 1 Prozent dies für überhaupt nicht wichtig oder eher nicht wichtig halten und bloß 16 Prozent eine mittlere Wichtigkeit sehen, halten 42 Prozent es für eher wichtig und 40 Prozent für sehr wichtig. In Summe streichen also 82 Prozent der Befragten die persönliche Bedeutung politischer Beteiligung heraus. Erneut muss man sich ins Gedächtnis rufen, dass die im Internet befragten Personen deutlich über dem Durchschnitt politisch aktiv sind.

Abb. 17: Subjektive Bedeutung der Beteiligung bei wichtigen städtischen Angelegenheiten



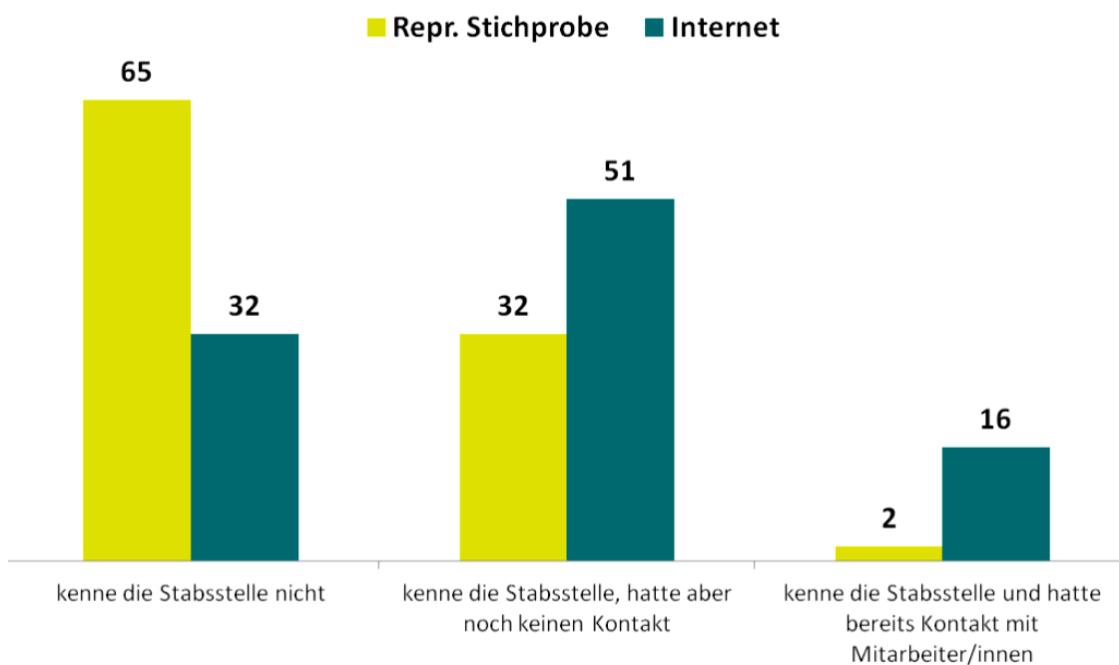
Frage: Wie wichtig ist es für Sie, sich an der Diskussion und Entscheidung über wichtige städtische Angelegenheiten zu beteiligen?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.11 Bekanntheit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Bei der Bekanntheit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung zeichnen sich interessante Unterschiede zwischen der Gruppe der repräsentativ Befragten und der online Befragten ab. Während von der repräsentativen Stichprobe 65 Prozent der Befragten die Stabsstelle nicht kannten, hatten immerhin 32 Prozent von ihr gehört, ohne jedoch Kontakt zu haben. 2 Prozent hörten von ihr und hatten bereits Kontakt mit den Mitarbeitern.

Anders sieht das Gesamtbild bei der Online-Befragung aus. Während hier 32 Prozent der Befragten angaben, die Stabsstelle nicht zu kennen, gab über die Hälfte (51 Prozent) an, von ihr Kenntnis zu haben, ohne jedoch in Kontakt gestanden zu haben. Immerhin 16 Prozent hatten zusätzlich auch bereits Kontakt mit der Stabsstelle. Es verwundert nicht, dass die Befragten der Online-Umfrage mehrheitlich angeben, die Stabsstelle zu kennen. Der Zugriff auf die offene Online-Befragung war über Website www.buergerbeteiligung-wuppertal.de möglich, auf der sich die Stabsstelle Bürgerbeteiligung vorstellt.

Abb. 18: Bekanntheit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung



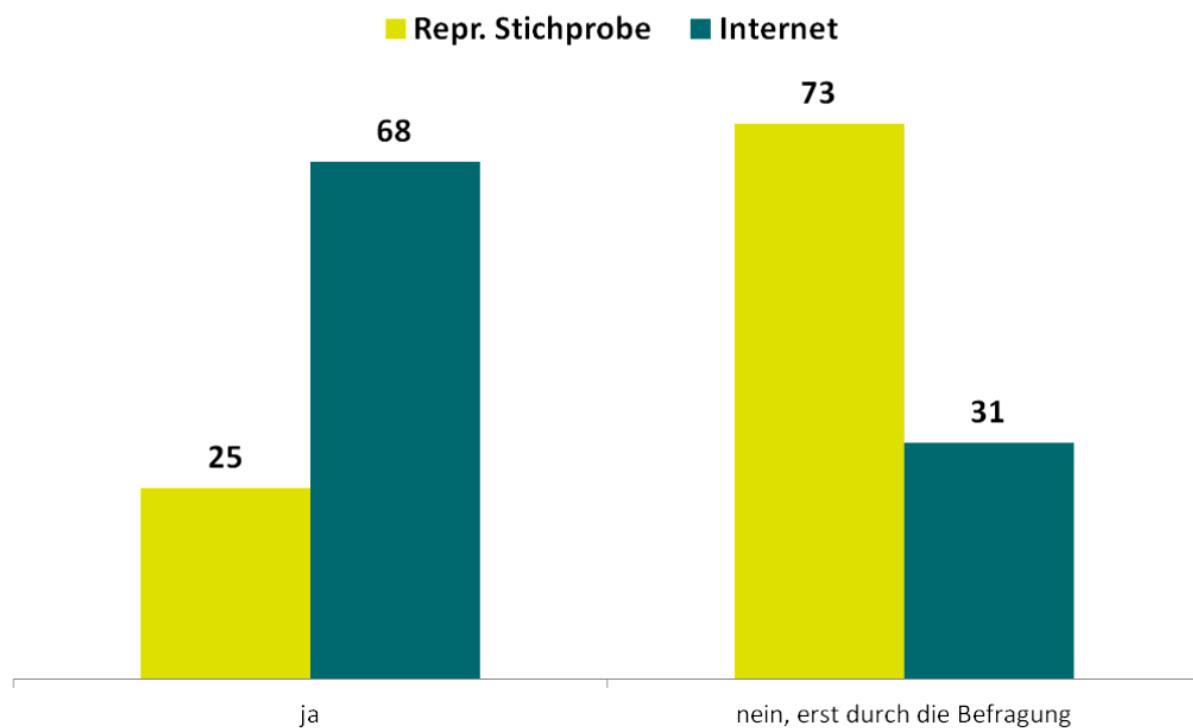
Frage: Seit Januar 2016 hat die Stadtverwaltung im Dezernat für Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement und E-Government eine neue Stabsstelle für Bürgerbeteiligung eingerichtet. Kenn Sie diese Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und hatten Sie bereits Kontakt?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

4.12 Bekanntheit der Leitlinien für Bürgerbeteiligung

Bei der Frage nach der Bekanntheit des Projekts „Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ zeigen die Zahlen ein völlig gegensätzliches Ergebnis für die repräsentative und die internetgestützte, offene Umfrage. Während nur ein Viertel (25 Prozent) der Befragten aus der repräsentativen Umfrage angab, von den Leitlinien für Bürgerbeteiligung gehört zu haben, gaben 73 Prozent an, dass sie erst durch die Befragung Kenntnis davon nahmen.

Für die Online-Befragung drehen sich die Zahlwerte ins Gegenteil. Die „besonders aktiven“ Personen kennen zu 68 Prozent die Leitlinien für Bürgerbeteiligung, während lediglich 31 Prozent erst durch die Befragung davon erfuhren.

Abb. 19: Bekanntheit der Leitlinien für Bürgerbeteiligung



Frage: In Wuppertal startet im Frühjahr 2016 ein Beteiligungsverfahren zur Entwicklung von „Leitlinien für Bürgerbeteiligung“. Dadurch soll ein Rahmen für Bürgerbeteiligung in Wuppertal neben den gesetzlich vorgesehenen Verfahren (z. B. Wahlen und Bürgerbegehren) geschaffen werden. Haben Sie davon schon einmal gehört?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

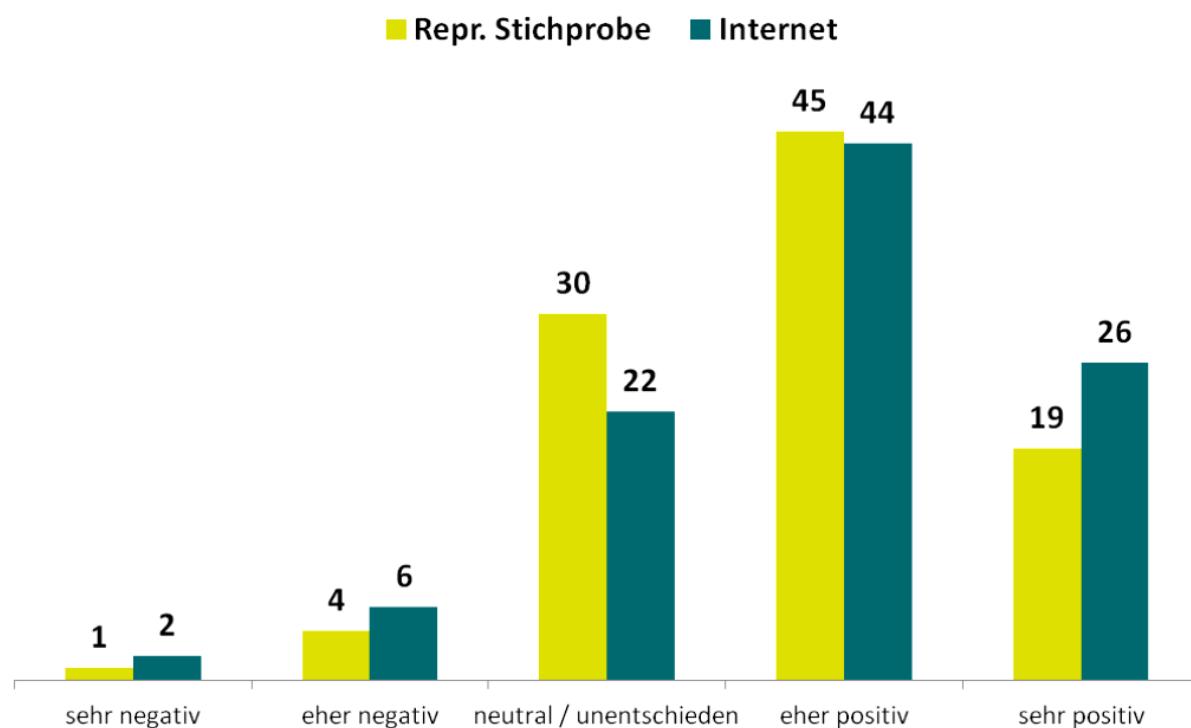
4.13 Bewertung der Idee der Leitlinien für Bürgerbeteiligung

Für beide Gruppen fällt hier die positive Resonanz sofort ins Auge. Während lediglich 1 Prozent der repräsentativ Befragten die Idee der Leitlinien für Bürgerbeteiligung als sehr negativ empfindet und nur 4 Prozent als eher negativ, sind 30 Prozent zumindest unentschieden. Eher positiv gestimmt sind hingegen 45 Prozent, sehr positiv eingestellt 19 Prozent.

Sehr negativ bewerteten die Idee 2 Prozent der online Befragten, während 6 Prozent eher negativ eingestellt waren. Dem neutralen Mittelblock gehören 22 Prozent an. Deutliche 44 Prozent empfinden die Idee als eher positiv, mehr als ein Viertel (26 Prozent) sogar als sehr positiv.

Die Idee der Erarbeitung solcher Leitlinien, um Bürgerbeteiligung auf eine verlässlichere und breitere Grundlage zu stellen, kommt bei den Befragten entsprechend gut an. Dies kann zugleich als Ansporn sowie als Erwartungshaltung für den weiteren Prozess aufgefasst werden.

Abb. 20: Bewertung der Idee der Leitlinien für Bürgerbeteiligung



Frage: Wie bewerten Sie die Idee der Leitlinienerstellung?; Grundgesamtheit: Rücklauf repr. Stichprobe (n = 509) [links], Rücklauf offene Online-Befragung (n = 305) [rechts]; Angaben in Prozent; Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe

5. Fazit

Die Ergebnisse aus den beiden Umfragen können nur unter den bereits genannten Einschränkungen interpretiert werden, liefern dann aber wertvolle Aussagen und Hinweise. Auf die zu beachtende sozioökonomische Verzerrung in der Verteilung der Befragten ist im Abschnitt 3.6 bereits hinreichend eingegangen worden. Bürgerinnen und Bürger, die hinsichtlich ihrer Bildung und finanziellen Lage als ressourcenreich einzustufen sind, sind deutlich überrepräsentiert. Ebenso sind Ältere tendenziell stärker vertreten als Jüngere. Sehr stark unterrepräsentiert sind hingegen Bürger mit Migrationshintergrund.

Themenbezogen lässt sich feststellen, dass es sich bei den Befragten um überdurchschnittlich politisch interessierte und aktive Wuppertalerinnen und Wuppertaler handelt. Diese Beobachtung lässt sich für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der freien Internetumfrage sogar noch deutlicher feststellen, als für die repräsentative Stichprobe. Ein deutliches Beispiel für den hohen Grad der Aktivität ist die sehr hohe Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl. 90 Prozent der Befragten gaben an, an der Wahl teilgenommen zu haben. Für die Online-Befragung lag dieser Wert sogar bei 95 Prozent. Selbst wenn Effekte wie soziale Erwünschtheit (siehe Abschnitt 4.2) eine Erwägung finden, läge der tatsächliche Wert wohl dennoch deutlich über der stadtweiten Wahlbeteiligung von 45 Prozent. Auch die Aktivitäten, die über eine Wahlbeteiligung hinausgehen, sind bei den Befragten deutlich stärker ausgeprägt, als es im bundesdeutschen Durchschnitt der Fall ist.

Das Interesse gilt dabei unter den Befragten der repräsentativen Stichprobe stärker der Politik in Deutschland als hier vor Ort in Wuppertal. Den 62 Prozent der Befragten, die sich eher stark bzw. stark für Politik in Deutschland interessieren, stehen lediglich 41 Prozent gegenüber, die dies ebenso für die Politik in Wuppertal tun. Bei der offenen Online-Befragung ist das Interesse an Politik in Deutschland bzw. Wuppertal hingegen in etwa gleichstark und zudem auf einem insgesamt höheren Niveau (Deutschland: 70 Prozent, Wuppertal: 75 Prozent). Dies ist zum einen wenig verwunderlich, da die Teilnahme an der Online-Befragung offensichtlich durch Personen erfolgte, die ein sehr großes Interesse an den Entwicklungen im Bereich Bürgerbeteiligung in Wuppertal aufweisen. Andererseits wird deutlich, dass bei den zufällig angeschriebenen Personen der repräsentativen Stichprobe das Interesse an der Bundespolitik gegenüber der Politik in Wuppertal überwiegt. Es ist davon auszugehen, dass eine entsprechende Gewichtung auch im Durchschnitt der Wuppertaler Bevölkerung vorzufinden ist. Die Bedeutung kommunalpolitischer Entscheidungen und die Auswirkungen auf das unmittelbare Lebensumfeld der Wuppertalerinnen und Wuppertaler muss demnach durch alle Beteiligten stärker herausgearbeitet und kommuniziert werden.

Aufschlussreich ist das Ergebnis, dass viele Befragte eine politische Teilhabe durch Aktionsformen in Erwägung ziehen, dies aber nicht in die Praxis umsetzen. Demnach gibt es ein höheres Potenzial an Engagement und Beteiligung, als bislang wahrnehmbar. Ein Grund könnte mit Blick auf die weiteren Befragungsergebnisse in der unzureichenden Information über Beteiligungsmöglichkeiten oder auch über konkrete städtische Angelegenheiten liegen. Dieses Potenzial muss stärker

genutzt werden durch Schaffung interessanter Beteiligungsmöglichkeiten, einer Erweiterung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie dem Abbau potentieller Beteiligungshindernisse.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass eher aufwändige, langfristige Beteiligungsformen (wie bspw. das Engagement in einer politischen Partei) im Durchschnitt weniger populär sind als kurzfristige (z. B. die Unterzeichnung einer Petition). Diese Erkenntnis ist insofern wertvoll, als dass sie aufzeigt, dass viele und wenig intensive Beteiligungsformen durchaus den Zuspruch der breiten Bürgerschaft finden. Je niedrigschwelliger und unkomplizierter politische Beteiligung möglich ist, desto einfacher können Personen zur Mitarbeit motiviert werden. Zudem wird deutlich, dass Verfahren der Online-Beteiligung zwar gerade bei politisch stark interessierten Personen als Alternative zu herkömmlichen Beteiligungsverfahren in Frage kommen, wie die Ergebnisse der repräsentativen Stichprobe zeigen, ist die Bereitschaft, sich an Diskussionen in Vor-Ort-Veranstaltungen zu beteiligen, aber nach wie vor größer. Online-Beteiligungsverfahren sind also nicht die alleinige Zukunft der Bürgerbeteiligung. Vielmehr müssen Wege gefunden werden, durch die Verzahnung von analogen und digitalen Beteiligungsverfahren, möglichst viele und unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit zu ermutigen.

Der Bekanntheitsgrad lokaler Repräsentanten im Rat und den Bezirksvertretungen zeigt ein gemischtes Bild, wobei die Ratsmitglieder bei den Befragten eher bekannt waren als die Bezirksvertreter. Deutlich wird hingegen das Bedürfnis der Befragten, intensiver über wichtige städtische Angelegenheiten informiert zu werden. Hier besteht offensichtlich noch Spielraum nach oben. Dies gilt in noch stärkerem Maße, wenn es darum geht, die Mitsprachemöglichkeiten und -rechte in solchen Angelegenheiten zu kommunizieren. Mehr als die Hälfte der Befragten kritisieren, dass hierzu keine ausreichende Information stattfindet. Hieraus ergibt sich ein eindeutiger Auftrag an die Stadtverwaltung und insbesondere den neu geschaffenen Geschäftsbereich, hierzu Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Im Rahmen der Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung sollte dies ein Aspekt sein, der zu thematisieren ist. Auch wenn der Prozess der Leitlinienentwicklung bislang stärker bei den politisch aktiven Wuppertalerinnen und Wuppertalern auf Aufmerksamkeit gestoßen ist, birgt dieser doch ein erhebliches Potenzial, um eine breitere Debatte über die Thematik zu starten und eine Verfestigung von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Wuppertal zu erreichen. In beiden Umfragen wird die Erarbeitung von Bürgerbeteiligungsleitlinien äußerst positiv aufgenommen.

Die Aufgabe, intensiver über Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Wuppertal nachzudenken und neue Beteiligungsangebote zu schaffen, ergibt sich aber nicht zuletzt aus der großen Nachfrage unter den Wuppertalerinnen und Wuppertalern: die große Mehrheit der Befragten gibt an, dass es Ihnen eher bzw. sehr wichtig ist, sich an der Diskussion und der Entscheidung über wichtige städtische Angelegenheiten zu beteiligen (repräsentative Stichprobe: 58 Prozent, offene Online-Umfrage: 82 Prozent). Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler wollen sich also einbringen und mitreden.

Es ist davon auszugehen, dass eine Förderung der politischen Beteiligung auf lokaler Ebene zu weiteren positiven Effekten führt. So könnte sich die Bekanntheit der Ratsvertreter steigern las-

sen, wenn über weitere Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. Diskussionsveranstaltungen oder Bürgerwerkstätten) Foren für einen Austausch zwischen Bürgerschaft und Repräsentanten geschaffen werden. Ebenfalls könnte eine qualitative Verbesserung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen politische Beteiligungsmöglichkeiten als auch zu konkreten städtischen Projekten bewirken, dass aus dem potentiellen Engagement vieler Befragter ein tatsächliches Engagement wird. Dies könnte zu einer Belebung der lokalen Demokratie in Wuppertal führen und die Zusammenarbeit zwischen Politik/Verwaltung und Bürgerschaft nachhaltig stärken.